

Bundgesetzblatt ⁴⁹

Teil II

Z 1998 A

1982 **Ausgegeben zu Bonn am 21. Januar 1982** **Nr. 3**

Tag	Inhalt	Seite
13. 1. 82	Gesetz zu dem Abkommen vom 26. Februar 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über den Luftverkehr	50
15. 1. 82	Gesetz zu dem Vertrag vom 16. September 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	56
17. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	65
28. 12. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit	66
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen	68
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot	68
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente	69
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen	69
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe	69
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen	70
30. 12. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen	71
-	Berichtigung der 3. ADR-Änderungsverordnung	71

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellen-nachweises B, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR, abgeschlossen am 31. Dezember 1981, gesondert übersandt.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 26. Februar 1974
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Mauritius über den Luftverkehr**

Vom 13. Januar 1982

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Port Louis am 26. Februar 1974 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 13. Januar 1982

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Verkehr
Hauff

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Mauritius
über den Luftverkehr**

**Air Transport Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of Mauritius**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Mauritius

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of Mauritius

in dem Wunsche, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln –

desiring to make arrangements for the regulation of air transport between their respective territories and beyond,

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

(1) For the purposes of the present Agreement, unless the text otherwise requires:

- a) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: „Der Bundesminister für Verkehr“, in bezug auf die Regierung von Mauritius: „Ministry of Communications“ (Verkehrsministerium) oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „bezeichnetes Unternehmen“: ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

- (a) the term "aeronautical authorities" shall mean in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Transport; in the case of the Government of Mauritius, the Ministry of Communications; or in both cases any other person or agency authorised to perform the functions exercised by the said authorities;
- (b) the term "designated airline" shall mean an airline that one Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party in accordance with Article 3 as being an airline which is to operate international air services on the routes specified in accordance with paragraph 2 of Article 2.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(2) The terms "territory", "air service", "international air service" and "stop for non-traffic purposes" shall, for the purpose of the present Agreement, have the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention of December 7, 1944, on International Civil Aviation as amended at present or in future.

Artikel 2

Article 2

(1) Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien das Recht:

(1) Each Contracting Party shall grant to the other Contracting Party for the purpose of operating international air services by designated airlines over the routes specified in accordance with paragraph 2:

- a) ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) in ihrem Hoheitsgebiet zu nicht gewerblichen Zwecken zu landen;
- c) in ihrem Hoheitsgebiet an den Punkten, die in den nach Absatz 2 festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

- (a) the right to fly across its territory without landing;
- (b) the right to land in its territory for non-traffic purposes; and
- (c) the right to land in its territory at the points named on the routes specified in accordance with paragraph (2), in order to take on or discharge passengers, mail and/or cargo on a commercial basis.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zwischen den Regierungen der Vertragsparteien vereinbart wird.

(2) The routes over which the designated airlines of the Contracting Parties will be authorised to operate international air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon in an exchange of notes between the Governments of the Contracting Parties.

Artikel 3

(1) Der Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich des Artikels 9 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich.

(3) Jede Vertragspartei kann von einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Jede Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zusteht.

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach einer Konsultation nach Artikel 12 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Jede Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei das von ihr bezeichnete Unternehmen durch ein anderes unter den Voraussetzungen des Artikels 3 ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

(1) Die von einem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch, soweit die an Bord der genannten Luftfahrzeuge befindlichen Waren auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei verbraucht werden.

Article 3

(1) The international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 may be started at any time, provided

- (a) the Contracting Party to whom the rights specified in paragraph (1) of Article 2 are granted, has designated one or several airlines in writing, and
- (b) the Contracting Party granting these rights has authorised the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs (3) and (4) and subject to the provisions of Article 9, give without delay the said authorisation to operate the international air services.

(3) Each Contracting Party may require an airline designated by the other Contracting Party to satisfy it that it is qualified to meet the requirements prescribed under the laws and regulations of the first Contracting Party governing the operation of international air traffic.

(4) Each Contracting Party may withhold the exercise of the rights provided for in Article 2 from any airline designated by the other Contracting Party if such airline is not able to prove upon request that substantial ownership and effective control of such airline are vested in nationals or corporations of the other Contracting Party or in that Contracting Party itself.

Article 4

(1) Each Contracting Party may revoke, or limit by the imposition of conditions, the authorisation granted in accordance with paragraph (2) of Article 3 in the event of failure by a designated airline to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting the rights or to comply with the provisions of the present Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom. This shall also apply if the proof referred to in paragraph (4) of Article 3 is not furnished. Each Contracting Party shall exercise this right only after consultations as provided for in Article 12, unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

(2) Each Contracting Party shall have the right by written communication to the other Contracting Party to replace subject to the provisions of Article 3 an airline it has designated by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 5

The charges imposed in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other aviation facilities on the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those imposed on aircraft of a national airline engaged in similar international air services.

Article 6

(1) Aircraft operated by a designated airline of either Contracting Party and entering or departing again from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Bordvorräte, Ersatzteile und übliche Ausrüstungsgegenstände, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei, auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 bezeichneten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Jede Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

Artikel 7

(1) Das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei muß in jeder Hinsicht in billiger und gleicher Weise Gelegenheit haben, den internationalen Verkehr zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien und darüber hinaus zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs nimmt das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei auf die Interessen des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der ganz oder teilweise auf der gleichen Linie von diesem Unternehmen betriebene Linienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Das bereitzustellende Beförderungsangebot, die Frequenz des zu betreibenden Linienverkehrs und die Art des Fluglinienverkehrs, der das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchfliegt oder dort endet, werden zwischen den bezeichneten Unternehmen nach diesem Artikel vereinbart. Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien.

(4) Jede Erhöhung des von dem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei bereitzustellenden Beförderungsangebots oder der Frequenz des von ihm zu betreibenden Linienverkehrs wird zunächst zwischen den bezeichneten Unternehmen vereinbart und bedarf der Genehmigung der Luftfahrtbehörden aufgrund der geschätzten Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien und nach sonstigen zu vereinbarenden und gemeinsam zu bestimmenden Verkehrsmöglichkeiten. Bis zu einer solchen Vereinbarung oder Regelung gelten die bestehenden Ermächtigungen für die Beförderungsangebote und Frequenzen weiter.

(5) Können die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien sich über eine Angelegenheit, für die nach diesem Artikel ihre Einigung erforderlich ist, nicht einigen, so werden die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien sich bemühen, eine Einigung hierüber zu erzielen.

(6) Das bereitzustellende Beförderungsangebot, die Frequenz des zu betreibenden Linienverkehrs und die Art des Fluglinienverkehrs, der das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit diesem Artikel durchfliegt oder dort endet, werden in einem Briefwechsel zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien im einzelnen festgelegt.

(2) Fuel, lubricants, aircraft stores, spare parts and regular equipment, temporarily imported into the territory of either Contracting Party, there to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1).

(3) Fuel and lubricants taken on board the aircraft of a designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1), as well as from any other special consumption charges.

(4) Each Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs (1) to (3) under customs supervision.

(5) To the extent that no duties or other charges are imposed on goods mentioned in paragraphs (1) to (3), such goods shall not be subject to any economic prohibitions or restrictions on importation, exportation or transit that may otherwise be applicable.

Article 7

(1) The designated airline of each Contracting Party shall, in all respects, enjoy fair and equal opportunity for the carriage of international traffic between and beyond the territories of the two Contracting Parties.

(2) In the operation by the designated airline of either Contracting Party of the agreed air services the interests of the designated airline of the other Contracting Party shall be taken into consideration so as not to affect unduly the services which the latter provides on all or part of the same route.

(3) The capacity to be provided, the frequency of services to be operated and the nature of air service that is, transiting through or terminating in the territory of the other Contracting Party shall be agreed between the designated airlines in accordance with the provisions of this Article. Such agreement shall be subject to the approval of the aeronautical authorities of the two Contracting Parties.

(4) Any increase in the capacity to be provided or frequency of services to be operated by the designated airline of either Contracting Party shall be agreed, in the first instance, between the designated airlines and shall be subject to the approval of the aeronautical authorities on the basis of the estimated requirements of traffic between the territories of the two Contracting Parties and any other traffic to be jointly agreed and determined. Pending such agreement or settlement, the capacity and frequency entitlements already in force shall prevail.

(5) If the designated airlines of the Contracting Parties fail to agree on any matter on which their agreement is required under the provisions of this Article, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall endeavour to reach agreement thereon.

(6) The capacity to be provided, the frequency of services to be operated and the nature of air service, that is, transiting through or terminating in the territory of the other Contracting Party as agreed to in accordance with the provisions of this Article shall be specified in an exchange of letters between the aeronautical authorities of the Contracting Parties.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Dies gilt auch für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung dieses Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht angewendet werden, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie der Kosten des Betriebs, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt.

(2) Die Tarife werden wenn möglich für jede Linie zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei richten sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen, die aufgrund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen vereinbaren nach Konsultationen mit den Luftfahrtunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, die Tarife wenn möglich unmittelbar.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Vereinbarung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, im Einvernehmen fest.

(5) Können sich die Luftfahrtbehörden über die Genehmigung eines ihnen nach Absatz 3 vorgelegten Tarifs oder über die Festsetzung eines Tarifs nach Absatz 4 nicht einigen, so wird die Angelegenheit den Vertragsparteien zur Regelung nach Artikel 13 vorgelegt.

(6) Bis zur Festlegung der Tarife nach diesem Artikel gelten die bereits in Kraft befindlichen Tarife.

Artikel 10

Jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei kann in den Flughäfen und Städten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Arbeiterlaubnisse werden entsprechend den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien erteilt. Sieht ein bezeichnetes Unternehmen von der Einrichtung einer eigenen Organisation in Flughäfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ab, so läßt es nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal dieser Flughäfen oder eines von der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Unternehmens ausführen.

Article 8

(1) The designated airlines shall communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties not later than thirty days prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. This shall likewise apply to later changes.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 9

(1) The rates to be charged for passengers and cargo on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2, shall be fixed with due regard to all factors, such as cost of operation, a reasonable profit, the characteristics of the various routes and the rates charged by any other airlines which operate over the same routes or parts thereof.

(2) The rates shall, if possible, be agreed for each route between the designated airlines concerned. For this purpose the designated airlines shall be guided by such decisions as are applicable under the traffic conference procedure of the International Air Transport Association (IATA), or shall, if possible, agree on such rates directly between themselves after consulting with airlines of third countries which operate over the same routes or parts thereof.

(3) Any rates so agreed shall be submitted for approval to the aeronautical authorities of both Contracting Parties not later than thirty days prior to the proposed date of their introduction. This period may be reduced in special cases if the aeronautical authorities so agree.

(4) If no agreement has been reached between the designated airlines in accordance with paragraph (2), or if one of the Contracting Parties does not consent to the rates submitted for its approval in accordance with paragraph (3), the aeronautical authorities of the two Contracting Parties shall by common accord fix those rates for routes or parts thereof on which there is lack of agreements or of consent.

(5) If the aeronautical authorities cannot agree on the approval of any rates submitted to them under paragraph (3) or on the determination of any rates under paragraph (4) the matter shall be referred to the Contracting Parties for settlement in accordance with the provisions of Article 13.

(6) Pending determination of the rates in accordance with the provisions of this Article, the rates already in force shall prevail.

Article 10

Each airline designated by either Contracting Party may maintain and employ its own personnel for its business transactions in the airports and cities in the territory of the other Contracting Party where it intends to maintain an agency. Work permits shall be granted subject to the laws and regulations of the Contracting Parties. If a designated airline refrains from establishing its own organization at airports in the territory of the other Contracting Party, it shall have its work performed, as far as possible, by the personnel of such airports or of an airline designated by the other Contracting Party in accordance with sub-paragraph (a) of paragraph (1) of Article 3.

Artikel 11

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 12

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 11 ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 13

Entsteht eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, so werden sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, sie durch Verhandlungen untereinander beizulegen; gelingt dies nicht, so ist die Streitigkeit den Vertragsparteien zur Beilegung zu unterbreiten.

Artikel 14

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 12 statt.

Artikel 15

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 16

Dieses Abkommen tritt an die Stelle aller bisherigen Abkommen zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet des internationalen Fluglinienverkehrs.

Artikel 17

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung von Mauritius mitteilt, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Es tritt dann ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Port Louis am 26. Februar 1974 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

A. Vestring

Für die Regierung von Mauritius
For the Government of Mauritius

S. Ramgoo Lam

Article 11

Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application of the present Agreement.

Article 12

Consultation may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to the present Agreement or to the Route Schedule or questions relating to interpretation. The same applies to discussions concerning the application of the present Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of Article 11 has not produced any satisfactory results. Such consultation shall begin within sixty days from the date of receipt by the other Contracting Party of any such request.

Article 13

If any dispute arises relating to the interpretation or application of the present Agreement the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall endeavour to settle it by negotiations between themselves, failing which the dispute shall be referred to the Contracting Parties for settlement.

Article 14

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent to which the present Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provision of the multilateral convention, shall take place in accordance with Article 12.

Article 15

The present Agreement, any amendments to it and any exchange of notes under paragraph (2) of Article 2 shall be communicated to the International Civil Aviation Organization (ICAO) for registration.

Article 16

The present Agreement shall replace any previous agreements on international air services between the Contracting Parties.

Article 17

(1) The present Agreement shall enter into force thirty days from the date on which the Government of the Federal Republic of Germany informs the Government of Mauritius that its constitutional requirements for the entry into force of the present Agreement have been fulfilled.

(2) Each Contracting Party may at any time give written notice of termination of the present Agreement. It shall then expire one year from the date of receipt of such notice by the other Contracting Party.

Done at Port Louis, on the 26th February 1974 in two original copies each in the German and English languages. Both texts shall be equally authentic.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 16. September 1980
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Portugiesischen Republik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 15. Januar 1982

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 16. September 1980 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 16. September 1980 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 15. Januar 1982

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Wirtschaft
Lambsdorff

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Portugiesischen Republik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

**Acordo
entre a República Portuguesa
e a República Federal da Alemanha
sobre promoção e protecção recíproca de investimentos**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Portugiesische Republik

A República Portuguesa
e
a República Federal da Alemanha,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrages

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ folgende Vermögenswerte und Rechte:
 - a) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
 - b) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte;
 - c) Ansprüche auf Geld oder auf andere Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Patente, Handelsmarken, Handelsnamen und Know-how;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Konzessionen für die Aufsuchung und Gewinnung von Naturschätzen;
 - f) andere Vermögenswerte oder Rechte, die den oben genannten gleichwertig sind;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Gebühren entfallen;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Portugiesische Republik: Portugiesen im Sinne der Verfassung der Portugiesischen Republik und im Sinne der portugiesischen Gesetze, welche die Staatsangehörigkeit regeln;

Animadas do desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,

Desejando criar condições favoráveis para investimentos de nacionais ou sociedades de um Estado no território do outro Estado, e

Reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos, por meio de um Acordo, poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos,

acordaram o seguinte:

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo „investimentos“ compreende as seguintes espécies de bens e direitos:
 - a) direitos de participação em sociedades e outros tipos de participações;
 - b) propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais;
 - c) direitos a prestações em dinheiro ou a outras prestações com valor económico;
 - d) direitos de autor, direitos de propriedade industrial, processos técnicos, patentes, marcas, denominações comerciais e “know-how”;
 - e) concessões de direito público, inclusive concessões de pesquisa, exploração e extracção de recursos naturais;
 - f) quaisquer outros bens ou direitos equivalentes aos acima mencionados.
2. O termo “rendimentos” designa as quantias geradas por um investimento, num determinado período, como lucros e dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração relacionadas com o investimento.
3. O termo “nacionais” designa:
 - a) No que respeita à República Portuguesa: Portugueses tais como se encontram definidos na Constituição da República Portuguesa e nas leis portuguesas que regulam a nacionalidade;

- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“:
- a) in bezug auf die Portugiesische Republik:
jede natürliche Person und jede Körperschaft, einschließlich Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in Portugal haben und nach den Gesetzen zu Recht bestehen und handeln, unabhängig von der Regelung der Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder und von ihrem Zweck und gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrages hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet oder verstaatlicht werden. Die Entschädigung muß dem Wert entsprechen, den die betreffende Kapitalanlage vor dem Zeitpunkt hatte, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde; der Zeitraum, der zwischen der Enteignungs- oder Verstaatlichungsmaßnahme und der Festsetzung der Entschädigung verstreicht, ist dabei in Ansatz zu bringen. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden; sie muß tatsächlich verwertbar und transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung oder Verstaatlichung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung oder Verstaatlichung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren (Zivilgerichte, Verwaltungsgerichte) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, nachgeprüft werden können.

- b) No que respeita à República Federal da Alemanha: Alemães tais como se encontram definidos na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha.
4. O termo "sociedade" designa:
- a) com relação à República Portuguesa:
Todo o indivíduo e toda a entidade colectiva, incluindo sociedades comerciais ou outras sociedades e associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham a sua sede em Portugal, e estejam constituídas e funcionem de acordo com a lei, independentemente do regime da responsabilidade dos seus sócios, associados ou membros, seja qual for o seu objecto e tenham ou não fins lucrativos;
- b) com relação à República Federal da Alemanha:
toda a pessoa jurídica, bem como as sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham a sua sede na área alemã de aplicação do presente Acordo e estejam constituídas legalmente, independentemente de a responsabilidade dos seus sócios, associados ou membros ser limitada ou ilimitada, ou de a sua actividade ter fins lucrativos ou não.

Artigo 2

Cada Parte Contratante permitirá, no seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, promovendo-os na medida do possível. Em cada caso concederá aos investimentos tratamento justo e equitativo.

Artigo 3

1. Nenhuma Parte Contratante sujeitará, no seu território, os investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes sujeitará os nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito à sua actividade relacionada com investimentos no seu território, a um tratamento menos favorável do que o concedido aos próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

Artigo 4

1. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante gozarão no território da outra Parte Contratante de plena protecção e segurança.

2. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante não poderão, no território da outra Parte Contratante, ser expropriados ou nacionalizados senão por motivos de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor do investimento expropriado ou nacionalizado imediatamente antes do momento em que a expropriação ou nacionalização for publicamente anunciada, tendo em conta o período decorrido entre o acto da expropriação ou nacionalização e a fixação da compensação. A indemnização deverá ser paga sem demora injustificada, ser efectivamente utilizável e transferível. Deverão ser tomadas providências adequadas, quanto à fixação e pagamento da indemnização, o mais tardar no momento da expropriação ou nacionalização. A legalidade da expropriação ou nacionalização e o montante da indemnização deverão ser verificáveis em processo judicial, civil e administrativo normal, da Parte Contratante em cujo território o investimento foi feito.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlagen;
- b) der Erträge gemäß Artikel 1 Absatz 2, abzüglich der Steuern;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage, abzüglich der Steuern.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Vereinbarung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach den Artikeln 4, 5 oder 6 unverzüglich zu dem für die vereinbarte Währung jeweils gültigen Tageskurs für laufende Geschäfte.

(2) Dieser Kurs muß mit den hierfür einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds im Einklang stehen.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

3. Os nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante, em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou motim, não receberão desta Parte Contratante tratamento menos favorável, no que diz respeito a restituições, compensações, indemnizações ou demais pagamentos, do que o concedido aos seus próprios nacionais ou sociedades.

4. Em relação às matérias reguladas no presente artigo, os nacionais ou as sociedades de uma Parte Contratante gozarão no território da outra Parte Contratante do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

Cada Parte Contratante garantizará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a transferência das importâncias relacionadas com os investimentos, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos definidos no artigo 1 número 2, deduzidos de impostos;
- c) para amortização de empréstimos;
- d) do produto da liquidação, em caso de alienação total ou parcial do investimento, deduzido de impostos.

Artigo 6

Se uma Parte Contratante realizar pagamentos a seus nacionais ou sociedades em virtude de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta reconhecerá, sem prejuízo dos direitos resultantes do artigo 11 para a primeira Parte Contratante, a transferência de todos os direitos desses nacionais ou sociedades para a primeira Parte Contratante, seja por dispositivo legal ou com base em acto jurídico. Além disso, a outra Parte Contratante reconhecerá a subrogação da primeira Parte Contratante em todos esses direitos que a primeira Parte Contratante exercerá na mesma medida que o seu titular precedente. A transferência das importâncias referentes a pagamentos a realizar à Parte Contratante correspondente, em virtude da subrogação de direitos, aplicar-se-ão mutatis mutandis as disposições do artigo 4 números 2 e 3 e do artigo 5.

Artigo 7

1. Desde que os interessados não tenham celebrado acordo diverso, admitido pelos órgãos competentes da Parte Contratante em cujo território está situado o investimento, as transferências nos termos dos artigos 4, 5 ou 6, realizar-se-ão sem demora injustificada, na moeda acordada e pela taxa de câmbio do dia válida para operações correntes.

2. Esta taxa de câmbio deverá estar de acordo com as disposições pertinentes do Fundo Monetário Internacional.

Artigo 8

1. Se das disposições legais de uma Parte Contratante ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional que existem ou venham a existir futuramente entre as Partes Contratantes, a par do presente Acordo, resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, esta regulamentação prevalecerá sobre o presente Acordo, na parte em que for mais favorável.

2. Cada Parte Contratante observará qualquer outro compromisso que tenha assumido em relação a investimentos, por acordo com nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrages anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos realizados antes da sua entrada em vigor, por nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante, no território da outra Parte Contratante e em conformidade com as respectivas disposições legais.

Artigo 10

1. As divergências que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes.

2. Se uma divergência não puder ser dirimida dessa maneira, será submetida a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal arbitral será constituído ad hoc, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro; ambos os membros designarão, de comum acordo, um nacional dum terceiro Estado como presidente que será nomeado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses, a contar da data em que uma Parte Contratante tenha comunicado à outra que deseja submeter a divergência a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por outro motivo, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente possuir também a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou estiver também impedido por outro motivo, as nomeações caberão ao membro do Tribunal que se siga na hierarquia e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão obrigatórias. A cada uma das Partes Contratantes caberão as despesas do respectivo árbitro, bem como da respectiva representação no processo perante o tribunal arbitral; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do Presidente, bem como com as demais despesas. O tribunal arbitral poderá adoptar um regulamento diferente quanto às despesas. O tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

6. Se ambas as Partes Contratantes forem membros da Convenção para regular diferendos relativos a investimentos entre Estados e nacionais de outros Estados, de 18 de Março de 1965, não recorrerão nos termos do artigo 27 parágrafo 1 dessa Convenção ao tribunal arbitral acima previsto, desde que entre o nacional ou a sociedade de uma das Partes Contratantes e a outra Parte Contratante exista o acordo a que se refere o artigo 25 da Convenção. Não ficará prejudicada a possibilidade de recurso ao tribunal arbitral acima referido no caso de não observância duma decisão judicial do tribunal arbitral estabelecido nos termos da Convenção (artigo 27), ou no caso de transferência de direitos por força da lei ou com base em acto jurídico, em conformidade com o artigo 6 do presente Acordo.

Artigo 11

O presente Acordo permanecerá em vigor mesmo no caso de conflito entre as Partes Contratantes, sem prejuízo do direito de adoptar medidas provisórias, admitidas pelas normas gerais do Direito Internacional. As medidas dessa natureza serão derogadas o mais tardar no momento da cessação efectiva do conflito, independentemente da existência ou não de relações diplomáticas.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, die sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Portugiesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Lissabon ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 16. September 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artigo 12

Com excepção das disposições do número 8 do Protocolo que dizem respeito aos transportes aéreos, o presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não apresente ao Governo da República Portuguesa uma declaração em contrário, dentro dos três meses após a entrada em vigor do presente Acordo.

Artigo 13

1. O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação serão trocados o mais brevemente possível em Lisboa.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por dez anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, com uma antecedência de 12 meses. Expirado o prazo de dez anos o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento, ficando, porém, em vigor por um ano, a partir da data em que tenha sido denunciado.

3. Para os investimentos realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, as disposições dos artigos 1 a 12 permanecerão em vigor por 20 anos, a partir da data da expiração do Acordo.

Feito em Bona, aos 16 de Setembro de 1980, em dois originais, cada um em idioma português e em idioma alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Hans-Dietrich Genscher

Für die Portugiesische Republik
Pela República Portuguesa
Diogo F. do Amaral

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

1. Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

2. Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- c) Die Vertragsparteien sind der Auffassung, daß Beschränkungen des Zugangs zu mittel- und langfristigen Krediten nicht vereinbar mit den Bestimmungen des Artikels 3 sind.

Protocolo

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha, os plenipotenciários abaixo-assinados acordaram nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1

- a) Os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste gozarão da mesma protecção que o próprio investimento;
- b) Considerar-se-á nacional de uma Parte Contratante toda a pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da respectiva Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

2. Com referência ao Artigo 2

Os investimentos realizados, em conformidade com as disposições legais de uma Parte Contratante, no seu território, por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, gozarão da plena protecção do presente Acordo.

3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como "actividade", no sentido do artigo 3, número 2, serão considerados em especial mas não exclusivamente a administração, a utilização, o uso e o aproveitamento dum investimento. Como tratamento "menos favorável", no sentido do artigo 3, número 2, será considerada especialmente a limitação na aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo o tipo, impedimento à venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, e ainda outras medidas com efeito semelhante. Não serão consideradas como tratamento "menos favorável", no sentido do artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem pública, de saúde pública ou de ordem moral;
- b) No âmbito das suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e residência de pessoas de uma Parte Contratante que desejarem entrar no território da outra Parte Contratante em conexão com o encaminamento e a execução dum investimento; o mesmo valerá para os assalariados de uma Parte Contratante, que quiserem entrar e residir no território da outra Parte Contratante, em conexão com um investimento, para exercer uma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados com benevolência.
- c) As Partes Contratantes consideram que as limitações no acesso a facilidades de crédito a médio e longo prazo não são incompatíveis com o disposto neste artigo.

4. Zu Artikel 4

- a) Als Enteignung gilt jede Art einer durch hoheitliche Maßnahmen veranlaßten Entziehung oder Beschränkung von Vermögenswerten oder Rechten, die eine Kapitalanlage oder einen Teil davon darstellen, sowie sonstige hoheitliche Maßnahmen, welche die Wirkung einer bleibenden Enteignung haben.
- b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird und dies ausschließlich auf diese Intervention zurückzuführen ist.
- c) Die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 über den Transfer finden nur Anwendung, wenn die enteignete oder verstaatlichte Kapitalanlage von eingeführten Vermögenswerten ausgegangen ist; unter eingeführten Vermögenswerten sind auch Reinvestitionen und der Mehrwert zu verstehen.
- d) Wenn der Schaden, welcher durch eines der in Artikel 4 Absatz 3 erwähnten Ereignisse verursacht worden ist, zu einem vollständigen Verlust der Kapitalanlage geführt hat, so ist jede als Schadensersatz, Entschädigung oder als sonstiger Gegenwert geleistete Zahlung ebenso zu behandeln wie Entschädigungsleistungen gemäß Absatz 2 dieses Artikels.

5. Zu Artikel 5

Wenn die portugiesische Regierung im Falle extremer Zahlungsbilanzschwierigkeiten außerstande ist, Erträge und Liquidationserlöse innerhalb von 6 Monaten nach Fälligkeit zu transferieren, so kann sie durch Entscheidung des Ministerrats diese Transferierungen für einen begrenzten Zeitraum und nur in dem nach den oben bezeichneten Schwierigkeiten erforderlichen Ausmaß suspendieren. Sie sagt jedoch zu, daß der zu transferierende Betrag in keinem Fall geringer als jährlich 20 % des zu transferierenden Gesamtbetrags sein wird.

In einem derartigen Fall, und soweit der Investor dies wünscht, werden die nicht transferierten Beträge einem Sonderkonto in einer Währung nach Wahl des Investors gutgeschrieben. Die zu zahlenden Zinsen werden auf der Grundlage der Zinssätze festgelegt, die für entsprechende Kreditaufnahme auf dem Finanzmarkt des Landes, dessen Währung gewählt worden ist, angewendet werden.

6. Zu Artikel 6

Es besteht Einverständnis, daß die in Artikel 6 erwähnte Kapitalanlagegarantie nur politische Risiken einschließlich des Transferrisikos abdeckt.

7. Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Diese Frist beginnt an dem Tag, an dem ein vollständiger, mit den erforderlichen Unterlagen versehener Antrag eingereicht worden ist, und darf unter keinen Umständen drei Monate überschreiten.

Der Antrag wird auch dann als vollständig angesehen, wenn fehlende Unterlagen durch die ausschließliche Verantwortlichkeit der zuständigen Behörden der jeweiligen Vertragspartei nicht beigebracht werden konnten.

Der Abzug von Steuern bei zu transferierenden Beträgen [Artikel 5, Buchstaben b) und d)] darf nicht zu einer Verzögerung des Transfers führen.

4. Com referência ao Artigo 4

- a) Por "expropriação" considera-se toda a privação ou toda a limitação resultante de actos de soberania sobre quaisquer bens ou direitos que constituam o todo ou parte de um investimento, bem como outros actos de soberania que tenham efeitos de expropriação definitiva;
- b) Poderá ser também pedido o pagamento de uma indemnização, em caso de intervenção por parte do Estado na empresa que é o objecto do investimento, quando a sua situação económica ficar gravemente comprometida em exclusivo resultado dessa intervenção;
- c) As disposições do número 2 do artigo 4, relativas a transferências, aplicam-se apenas se o investimento expropriado ou nacionalizado se basear em bens importados, incluindo os reinvestimentos e as mais valias;
- d) Se o prejuizo causado por um evento referido no número 3 do artigo 4 resultar numa perda total do investimento, quaisquer pagamentos feitos a titulo de indemnização, compensação ou outra contrapartida válida deverão ser tratados da mesma forma que as compensações pagas nos termos do número 2 do mesmo artigo.

5. Com referência ao Artigo 5

Caso o Governo Português, em virtude de extremas dificuldades da balança de pagamentos, não se encontre em condições de transferir rendimentos e produtos da liquidação de investimentos dentro de 6 meses a contar da data do seu vencimento, poderá por decisão do Conselho de Ministros suspender tais transferências por um período limitado e apenas no âmbito exigido pelas dificuldades acima mencionadas. Compromete-se, no entanto, a assegurar que o montante a transferir em cada ano não será, em caso algum, inferior a 20 % da quantia global que deveria ser transferida anualmente.

Neste caso, e se o investidor assim o desejar, as somas não transferidas serão creditadas numa conta especial em moeda escolhida pelo investidor. Os juros a pagar sobre esses depósitos serão fixados com base nas taxas de juros aplicadas a fundos equivalentes contratados no mercado financeiro do país da moeda escolhida.

6. Com referência ao Artigo 6

Fica entendido que a garantia de investimento referida no artigo 6 só se aplica a riscos políticos, incluindo riscos relativos a transferências.

7. Com referência ao Artigo 7

Uma transferência considerar-se-á como realizada "sem demora injustificada", no sentido do número 1 do artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das respectivas formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o devido requerimento, acompanhado dos necessários documentos, tenha sido apresentado, não podendo em caso algum exceder três meses.

O processo considerar-se-á também completo, se algum documento não puder ser obtido por exclusiva responsabilidade da competente autoridade da respectiva Parte Contratante.

A dedução de impostos nas importâncias a transferir [artigo 5, alíneas b) e d)] não pode constituir motivo para retardar a transferência.

8. Bei Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

Geschehen zu Bonn am 16. September 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Hans-Dietrich Genscher

Für die Portugiesische Republik
Pela República Portuguesa
Diogo F. do Amaral

8. Com referência aos transportes de bens e pessoas, decorrentes do encaminhamento de investimentos, as Partes Contratantes obrigam-se a não excluir nem dificultar a utilização de empresas de transportes da outra Parte Contratante e a outorgar, quando necessário, as autorizações para a realização dos transportes.

As disposições acima indicadas abrangem o transporte de:

- a) bens directamente destinados ao investimento abrangido no âmbito do presente Acordo, ou adquiridos no território de uma Parte Contratante ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por conta de uma empresa, em que esteja investido capital no âmbito do presente Acordo;
- b) pessoas em deslocações relacionadas com o encaminhamento de investimentos.

Feito em Bona, aos 16 de Setembro de 1980, em dois originais, cada um em idioma português e em idioma alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

(Tradução)

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, 16. September 1980

O Ministro Federal
dos Negócios Estrangeiros

Bona, 16 de Setembro de 1980

Exzellenz,

Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Die Vertragsparteien betrachten die in Nummer 5 des Protokolls zu Artikel 5 des Vertrages vorgesehene Möglichkeit, den Transfer zu beschränken, als eine Regelung, die ihre Geltung verliert, soweit als Ergebnis der Verhandlungen Portugals mit den Europäischen Gemeinschaften über einen Beitrittsvertrag bezüglich des genannten Transfers eine für die betroffenen Investoren günstigere Regelung in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Portugiesischen Republik
Herrn Professor Dr. Diogo Freitas do Amaral

Excelência,

desejo confirmar o facto de termos acordado o seguinte:

As Partes Contratantes consideram a possibilidade de limitar as transferências, prevista no número 5 do Protocolo com referência ao artigo 5 do Acordo, como uma disposição que deixará de vigorar, desde que, como resultado das negociações entre Portugal e as Comunidades Europeias sobre um acordo de adesão, entre em vigor uma regulamentação das ditas transferências mais favorável para os investidores interessados.

Permita-me, Excelência, apresentar-lhe os protestos da minha mais alta consideração.

Genscher

A
Sua Excelência
o Senhor Professor Dr. Diogo Freitas do Amaral
Ministro dos Negócios Estrangeiros
da República Portuguesa

(Übersetzung)

Der Minister
für Auswärtige Angelegenheiten
der Portugiesischen Republik

Bonn, 16. September 1980

O Ministro dos
Negócios Estrangeiros
da República Portuguesa

Bona, 16 de Setembro de 1980

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Die Vertragsparteien betrachten die in Nummer 5 des Protokolls zu Artikel 5 des Vertrages vorgesehene Möglichkeit, den Transfer zu beschränken, als eine Regelung, die ihre Geltung verliert, soweit als Ergebnis der Verhandlungen Portugals mit den Europäischen Gemeinschaften über einen Beitrittsvertrag bezüglich des genannten Transfers eine für die betroffenen Investoren günstigere Regelung in Kraft tritt.“

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß meine Regierung der vorstehenden Bestätigung zustimmt.

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Diogo F. do Amaral

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher

Excelência,

tenho a honra de acusar a recepção da carta de Vossa Excelência de hoje, do seguinte teor:

“Desejo confirmar o facto de termos acordado o seguinte:

As Partes Contratantes consideram a possibilidade de limitar as transferências, prevista no número 5 do Protocolo com referência ao artigo 5 do Acordo, como uma disposição que deixará de vigorar, desde que, como resultado das negociações entre Portugal e as Comunidades Europeias sobre um acordo de adesão, entre em vigor uma regulamentação das ditas transferências mais favorável para os investidores interessados.“

Tenho a honra de comunicar a Vossa Excelência a concordância do meu Governo ao que antecede.

Aproveito a oportunidade para apresentar a Vossa Excelência os protestos da minha mais elevada consideração.

Diogo F. do Amaral

A
Sua Excelência
o Senhor Hans-Dietrich Genscher
Ministro dos Negócios Estrangeiros
da República Federal da Alemanha

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins
Vom 17. Dezember 1981**

I.

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974 nebst Schlußprotokollen (BGBl. 1975 II S. 1513)

1. das Zweite Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins,
3. der Weltpostvertrag,
4. das Wertbriefabkommen,
5. das Postpaketabkommen,
6. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
7. das Postscheckabkommen,
8. das Postnachnahmeabkommen

sind für folgende Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica	am 10. September 1981	1
Elfenbeinküste	am 27. Januar 1981	1
Guyana	am 19. September 1980	2, 3, 4, 5
	am 19. Juni 1981	6, 8
Portugal	am 12. Februar 1981	1
	am 5. August 1980	3

II.

Die Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964 (BGBl. 1965 II S. 1633) ist für

Costa Rica am 10. September 1981
in Kraft getreten.

III.

Das Zusatzprotokoll vom 14. November 1969 zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1971 II S. 245) ist für

Costa Rica am 10. September 1981
Elfenbeinküste am 27. Januar 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Februar 1981 (BGBl. II S. 120), die dahingehend berichtigt wird, daß die Verträge für Liberia am 28. November 1980 in Kraft getreten sind.

Bonn, den 17. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und Seiner Majestät Regierung von Nepal
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. Dezember 1981

In Kathmandu ist am 18. November 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 9

am 18. November 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Dezember 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

Seiner Majestät Regierung von Nepal –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Nepal,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Nepal beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es Seiner Majestät Regierung von Nepal von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 25 000 000,00 DM (in Worten: fünf- undzwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Die Finanzierungsbeiträge werden wie folgt verwendet:

- a) bis zu 17 400 000,00 DM (in Worten: siebzehn Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Düngemitteln für die Agricultural Inputs Corporation (AIC),
- b) bis zu 5 600 000,00 DM (in Worten: fünf Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Anbau von hochwertigen Agrarprodukten“,

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

- c) bis zu 2 000 000,00 DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) für die Einrichtung eines „Studien- und Expertenfonds“ zur Vorbereitung, für notwendige Begleitmaßnahmen, zur Durchführung und Betreuung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit.

(3) Die in Absatz 2 Buchstaben a und b bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Seiner Majestät Regierung von Nepal stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge im Königreich Nepal erhoben werden.

Artikel 4

Seiner Majestät Regierung von Nepal überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Lieferungen und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a und b aus den Finanzierungsbeiträgen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

(2) Das bei der Vergabe für Aufträge für die Durchführung des in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c bezeichneten Vorhabens anzuwendende Verfahren wird in dem zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Seiner Majestät Regierung von Nepal zu schließenden Finanzierungsvertrag geregelt

Artikel 6

(1) Die aus dem Finanzierungsbeitrag gemäß Artikel 2 Buchstabe a eingeführten Düngemittel werden durch die Agricultural Inputs Corporation (AIC) in Nepal verkauft

(2) Aus dem Verkaufserlös zahlt Seiner Majestät Regierung von Nepal 10 % (in Worten: zehn Prozent) des Erlöses auf ein zinsloses Rupien-Sonderkonto bei der Nepal Rastra Bank, Banking Office Kathmandu, ein, das diese unter der Bezeichnung „Treuhandkonto für Gegenwertmittel aus deutscher Düngemittelhilfe“ führt. Die Zahlung erfolgt sechs Monate nach Verkauf der Düngemittel.

(3) Über das Guthaben kann nur das Finanzministerium, Seiner Majestät Regierung von Nepal, zusammen mit der deutschen Botschaft in Kathmandu durch gemeinsame oder gleichlautende Anweisungen verfügen. Beide erhalten laufende Kontoauszüge und haben das Recht, die Einzahlung fälliger Zahlungen auf das Konto zu kontrollieren.

(4) Der eingezahlte Betrag wird nach Maßgabe einer zu gegebener Zeit mit Seiner Majestät Regierung von Nepal zu treffenden Vereinbarung für weitere gemeinsame entwicklungspolitische Förderungsmaßnahmen verwendet. Entsprechende Vorschläge hierzu übermittelt das Finanzministerium Seiner Majestät Regierung von Nepal der deutschen Botschaft in Kathmandu.

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 8

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Ber-

lin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Seiner Majestät Regierung von Nepal innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kathmandu am 18. November 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, nepalesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des nepalesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wolter
Ehmann

Für Seiner Majestät Regierung von Nepal
Karna D. Adhikary

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur einheitlichen Feststellung von Regeln
über den Zusammenstoß von Schiffen**

Vom 30. Dezember 1981

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Übereinkommen vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen sowie an das Unterzeichnungsprotokoll hierzu (RGBl. 1913 S. 49, 84) gebunden betrachten, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. Februar 1913 (RGBl. S. 89) und vom 20. Mai 1980 (BGBl. II S. 719).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur einheitlichen Feststellung von Regeln
über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot**

Vom 30. Dezember 1981

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Übereinkommen vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot und das Unterzeichnungsprotokoll hierzu (RGBl. 1913 S. 66, 84) gebunden betrachten, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. Februar 1913 (RGBl. S. 89) und vom 10. Dezember 1980 (BGBl. II S. 1530).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Abkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über Konnossemente**

Vom 30. Dezember 1981

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Internationale Abkommen vom 25. August 1924 zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente und das Zeichnungsprotokoll hierzu (RGBl. 1939 II S. 1049) gebunden betrachten, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 21. Juli 1972 (BGBl. II S. 874) und vom 2. November 1978 (BGBl. II S. 1364).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die zivilgerichtliche Zuständigkeit
bei Schiffszusammenstößen**

Vom 30. Dezember 1981

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen (BGBl. 1972 II S. 653, 663) gebunden betrachten, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Februar 1973 (BGBl. II S. 169) und vom 10. Januar 1980 (BGBl. II S. 53).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe**

Vom 30. Dezember 1981

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe (BGBl. 1972 II S. 653, 655) gebunden betrachten, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war. Die Salomonen haben hierbei erklärt, daß sie den anlässlich der Erstreckung eingelegten Vorbehalt, die Bestimmungen des Übereinkommens nicht auf Kriegsschiffe oder im Eigentum oder im Dienst eines Staates stehende Schiffe anzuwenden, aufrechterhalten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. März 1973 (BGBl. II S. 172) und vom 10. Januar 1980 (BGBl. II S. 52).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen
und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen
Vom 30. Dezember 1981**

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen (BGBl. 1972 II S. 653, 668) gebunden betrachten, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war. Die Salomonen haben hierbei erklärt, daß sie die anlässlich der Erstreckung eingelegten Vorbehalte, nämlich

1. Artikel 1 des Übereinkommens in bezug auf ein Schiff immer dann nicht zu befolgen, wenn der Staat, dessen Flagge das Schiff führte, hinsichtlich dieses Schiffes oder einer Schiffsklasse, zu der das Schiff gehört, der Einleitung einer strafrechtlichen oder disziplinarischen Verfolgung bei ihren Justiz- oder Verwaltungsbehörden zugestimmt hat,
2. die in ihren Hoheitsgewässern begangenen Zuwiderhandlungen zu verfolgen,
aufrechterhalten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. April 1973 (BGBl. II S. 343) und vom 10. Januar 1980 (BGBl. II S. 53).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen
Vom 30. Dezember 1981**

Die Salomonen haben am 17. September 1981 der belgischen Regierung notifiziert, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 7. Juli 1978 an das Internationale Übereinkommen vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen und das Unterzeichnungsprotokoll hierzu (BGBl. 1972 II S. 653, 672) gebunden betrachten, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war. Die Salomonen haben hierbei erklärt, daß sie die anlässlich der Erstreckung dieses Übereinkommens eingelegten Vorbehalte nach Absatz 2 Buchstaben a und b des Unterzeichnungsprotokolls aufrechterhalten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. Februar 1973 (BGBl. II S. 161) und vom 15. September 1980 (BGBl. II S. 1340).

Bonn, den 30. Dezember 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Berichtigung
der 3. ADR-Änderungsverordnung**

Die Anlage zur 3. ADR-Änderungsverordnung vom 17. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1131) wird wie folgt berichtigt:

Im Abschnitt II. Änderungen der deutschen Übersetzung muß in Nummer 3 Buchstabe b der Absatz 4 der Randnummer 10 102 wie folgt lauten:

„(4) Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, bedeutet das Zeichen „%“ in dieser Anlage

- a) bei Mischungen von festen oder flüssigen Stoffen, bei Lösungen oder bei festen, von einer Flüssigkeit getränkten Stoffen den in Prozent angegebenen Massenanteil bezogen auf die Gesamtmasse der Mischung, der Lösung oder des getränkten Stoffes;
- b) bei Gasgemischen den in Prozent angegebenen Volumenanteil, bezogen auf das Gesamtvolumen der Gasmischung.“

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolntarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 18 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1981

Auslieferung ab Februar 1982

Teil I: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

6,5 % MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509

oder gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1981 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II liegen einer der nächsten Ausgaben des Bundesgesetzblattes 1982 Teil I bzw. Teil II im Rahmen des Abonnements bei.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1